

Das Kreuz mit/bei der Volksabstimmung

Am 27. November 2011 findet in Baden-Württemberg zum 2. Mal in der Geschichte des Landes eine Volksabstimmung statt. Es geht um den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofes in einen unterirdischen Tiefbahnhof unter Erhaltung des charakteristischen Turmes. Da die – vor allem durch die Partei der Grünen mobilisierten – Demonstrationen zu großer Unruhe in der Bevölkerung geführt haben, hat die neue Landesregierung über dieser Frage eine Volksbefragung angesetzt.

Aus rechtlichen Gründen ist eine direkte Fragestellung aber nicht möglich. Somit bedarf es einer gewissen Erklärung: Worum geht es bei dieser Abstimmung? Wie läuft sie genau ab? Was ist das mit dem „Quorum“? Und was sind die Folgen bei den verschiedenen denkbaren Ausgängen?

Worum geht es genau?

Es geht bei dieser Volksabstimmung *nicht* darum, ob Stuttgart 21 oder eine mögliche Alternative gebaut wird oder nicht, denn das ist keine Landesangelegenheit. Es geht vertraglich lediglich darum, ob sich das Land an den Kosten – das wären 823,8 Mio. Euro – beteiligt. Die Partei der Grünen hat von Anfang an eine beträchtliche Kostensteigerung befürchtet, was sie jetzt auch als Grund für einen Ausstieg der Landesregierung aus den Verträgen nennt, was aber zu diesem Zeitpunkt aus vertragsrechtlichen Gründen eigentlich nicht mehr möglich ist.

Dennoch will es der grüne Teil der Landesregierung versuchen, wenn eine Mehrheit des Volkes sich für einen solchen Ausstieg aussprechen würde.

Nebenbei: Die Bahn könnte den Umbau des Bahnhofs rechtlich auch durchführen, wenn das Land aussteigt, vorausgesetzt sie findet einen geeigneten anderen Investor für die Finanzierungslücke.

Wie läuft die Volksabstimmung ab?

Jeder Wahlberechtigte darf mit abstimmen. Er bekommt vorab eine Stimmbenachrichtigung wie bei Wahlen zugeschickt, mit der er entweder Briefwahl beantragen oder am 27. November in Wahllokal abstimmen kann. Zur Information der Bürger wird von der Landesregierung vor diesem Termin jedem Haushalt eine Broschüre zugestellt, die die Positionen „Pro und Contra“ nebeneinander darstellt.

Mehrheit und Quorum

Der Ausstieg aus den Verträgen wird vom Volk der Regierung empfohlen, d.h. der Ausstieg ist angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden – mindestens jedoch ein Drittel *aller* Stimmberechtigten (ca. 2,5 Mio. Stimmberechtigte) – mit „Ja“ stimmen. Der Ausstieg ist abgelehnt, wenn die Mehrheit der Abstimmenden mit „Nein“ votiert. Aber der Ausstieg ist auch dann abgelehnt, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zwar mit „Ja“ gestimmt hat, diese Mehrheit aber weniger als ein Drittel aller Stimmberechtigten darstellt.

Bei der Auszählung werden daher nur zwei Fragen gestellt:

1. Haben mehr als 50% der Abstimmenden mit „Ja“ gestimmt? („einfache Mehrheit“),
2. Waren diese „Ja“-Stimmen zusammen mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten? („Quorum“).

Von daher ergeben sich drei mögliche Abstimmungsergebnisse:

1. Die Mehrheit lehnt einen Ausstieg aus den Verträgen ab (stimmt mit „Nein!“), will also, dass das Bauvorhaben durchgeführt wird. Die Folge wäre eine Zerreißprobe für die Regierung, da die SPD für, die Grünen gegen den Tiefbahnhof sind. Der grüne Ministerpräsident hat aber bereits im Vorfeld seinen Anhängern klar gemacht, dass in diesem Fall der Umbau des Bahnhofs vertragsgemäß durchgeführt wird. Dies bedeutet aber, dass dann der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann Stuttgart 21 gegen seine Überzeugung bauen müsste.
2. Die Mehrheit der Wähler befürwortet einen Ausstieg (stimmt mit „Ja“), will also, dass das Bauvorhaben abgebrochen und Stuttgart 21 nicht gebaut wird. Aber die Auszählung ergibt, dass zwar eine Mehrheit gegen

Stuttgart 21 ist, diese aber nicht ein Drittel aller Wahlberechtigten erreicht d.h. das Quorum von 33% ist nicht erfüllt: Trotz der Mehrheit wird der Tiefbahnhof gebaut.

Die Folge wäre vermutlich eine Fortsetzung der Demonstrationen, die sich auf „die Mehrheit“ beriefen, bei gleichzeitiger Fortsetzung der Bauarbeiten, wobei sich die Bahn auf die Rechtslage berufen würde. Das Land müsste sich vertragsgemäß an den Kosten beteiligen.

3. Die Mehrheit der Wählenden befürwortet den Ausstieg und erreicht mit ihrer Zahl die 33%-Marke („Quorum“) aller Wahlberechtigten.

Als Folge müsste jetzt die Landesregierung einen Weg finden, aus den Verträgen auszusteigen, was juristisch eigentlich nicht möglich ist. Die weitere Folge wären auf jeden Fall Schadensersatzklagen, die 3 unabhängige Wirtschaftsprüfer 2010 auf ca. 1,5 Mrd. schätzten. Die Summe wird in jedem Fall höher sein als der Beitrag des Landes von 823,8 Mio. für den Umbau und dies ohne jede Wertschöpfung.

Zudem müssten für eine trotzdem nötige Sanierung des Gleisvorfelds ca. 1,3 Mrd. aufgewandt werden. Notwendige Umbauten am Hauptbahnhofgebäude selber sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Ein Anschluss an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm muss auf jeden Fall geschaffen werden, wobei für eine Alternative zum Tunnel auf die Filder weder verlässliche Zahlen vorliegen, es weder Planfeststellung gibt, noch Investoren sich bisher interessiert haben.

Diese Variante ist die unwahrscheinlichste, da laut Umfrage ein Drittel der Grünen *für* den Umbau sind und bei einer Beteiligung von 66,3% bei der letzten Wahl die Grünen auf 24,2% kamen. Umgerechnet auf 100% d.h. auf alle Wahlberechtigten, wie es die Quorum-Regelung verlangt, haben danach nur 16% die Grünen gewählt. Die Gegner von Stuttgart 21 müssten also mehr als doppelt so viele Stimmen beibringen, um die Latte des Quorum von 33% zu überspringen.

Die zwei Hauptargumente der Befürworter sind (1) neben einer verbesserten Anbindung Stuttgarts an das Verkehrsnetz der Bahn, (2) die Frage, welchen Wert in Zukunft rechtmäßig geschlossene Verträge noch haben, wenn sie beliebig durch Bürgerinitiativen sogar nach Baubeginn noch annulliert werden können. Dies wird in Bezug auf alle nun im Rahmen des Atomausstiegs notwendigen Baumassnahmen von Bedeutung sein, ob Endlager, Stromtrassen oder Windparks. Investoren brauchen Planungssicherheit, sie ist das Fundament unserer Wirtschaft, ja, unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Gebet

- **Lasst uns für eine hohe Wahlbeteiligung und für ein Ergebnis beten, durch das wieder Frieden ins Land bringt.**
- **Lasst uns beten, dass alle Lügen und Täuschungen entlarvt werden. Gottes Klarheit soll in die Situation kommen.**
- **Lasst uns beten, dass sich nicht ein Geist des Chaos und der Anarchie in unserem Land breit machen darf und Grundordnungen der Gesellschaft Gültigkeit behalten.**
- **Lasst uns für alle, die in Obrigkeit sind und Verantwortung tragen, beten. Möge Gott ihre Herzen lenken und ihnen Weisheit geben.**
- **Lasst uns beten, dass Gott uns einen Weg aus der verfahren Situation zeigt.**
- **Bitten wir Gott, dass aus Stuttgart 21 für weitere Großprojekte die richtigen Lehren gezogen werden.**

Oliver Stozek

Ortwin Schweitzer